

ANTRAG

der Fraktion DIE LINKE

Freihandelsabkommen TTIP - volle Transparenz herstellen

Der Landtag möge beschließen:

- I. Der Landtag von Mecklenburg-Vorpommern stellt fest, dass vor dem Hintergrund der herausragenden Bedeutung des TTIP Abkommens und der skandalösen US-Geheimdienstaktivitäten die aktuelle Verhandlungspraxis, wonach Verhandlungstexte als vertraulich angesehen werden und weder der Zivilgesellschaft noch den europäischen gesetzgebenden Parlamenten zugänglich sind, nicht akzeptabel ist.

- II. Der Landtag fordert die Landesregierung auf,
 - sich auf Bundesebene für eine transparente Verhandlungsführung mit umfassender Information der Zivilgesellschaft und unter Einbeziehung von Arbeitnehmer-, Verbraucher- und Umweltverbänden einzusetzen.

 - dem Landtag in geeigneter Form über den Sachstand und Fortgang der Beratungen umfassend zu berichten.

Helmut Holter und Fraktion

Begründung:

Aktuell verhandeln Vertreter der USA und der EU über ein Transatlantisches Handels- und Investitionsabkommen (TTIP). Dieses Abkommen ist deshalb so bedeutend, da es über ein bloßes Freihandelsabkommen weit hinausgeht. Um dieses Abkommen auf stabile Füße zu stellen, müssen zunächst gemeinsame Standards in Sachen Verbraucherschutz-, Umwelt-, Gesundheits- oder Energiepolitik geschaffen werden. Die Tragweite dieses Abkommens ist also enorm, da es in fast alle Lebensbereiche eingreift. Zu erwarten wäre bei einer Vereinbarung dieser Tragweite - direkt betroffen sind immerhin mehr als 800 Millionen Bürgerinnen und Bürger - eine maximale Transparenz. Es wird auch vorgegeben, dass diese vorhanden ist. Tatsächlich veröffentlichen die zuständigen Stellen eine Vielzahl von Informationen. Allerdings handelt es sich meist um Absichtserklärungen, dass Bürgerrechte, Umwelt- und Verbraucherschutz nicht beeinträchtigt werden. Genauere Informationen zu den Hintergründen erhält man jedoch nicht.

Die Europäische Kommission möchte, dass Verhandlungstexte, Begleitmaterial und andere wichtige Dokumente vertraulich behandelt werden. Das ist insofern kaum nachvollziehbar, da man selbst in den USA die Notwendigkeit von mehr Transparenz erkannt hat. So hat Präsident Obama zugesichert, den Kongress umfassend zu informieren.

Besonders bedenklich ist in diesem Zusammenhang der Vertrauensverlust in den transatlantischen Beziehungen durch umfangreiche Ausspähaktionen des US-Geheimdienstes NSA. Im Europäischen Rat verabschiedeten die Staats- und Regierungschefs deshalb eine Erklärung, die auf eine diesbezüglich sehr tiefe Besorgnis der europäischen Bürgerinnen und Bürger hinweist. Insofern ist es umso mehr erforderlich, dass alle Bürgerinnen und Bürger über die Inhalte und Beweggründe des Abkommens ausführlich informiert werden. Die Menschen müssen sich bewusst sein, welche sozialen, wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und ökologischen Auswirkungen auf sie zukommen. Hier bestehen keinerlei Geheimhaltungsinteressen oder Gründe, die eine besondere Vertraulichkeit rechtfertigen würden. Die volle Transparenz ist deshalb herzustellen.